



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **1 6 - V - 5 1 - 0 0 4 0**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff: **Dezernat(e) II**

Sanierung und Erweiterung der sanitären Anlagen auf dem Jugendnaturzeltplatz des Stadtjugendrings; finanzieller Ausgleich des Projektes

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

G o ß m a n n
Bürgermeister

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 15.254.318,29 €
 in %: 4,90

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: 3.492.040,47
 in %: 6,37

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
x		2016	Zuschuss an SJR	268.000,00	115.000,00		I.04292	842320	51 Zusch. SJR Zeltplatz Sanitärgeb.
x		2016	Deckung Zuschuss Land			115.000,00	I.04292	841320	51 Zusch. SJR Zeltplatz Sanitärgeb.
Summe einmalige Kosten:				268.000,00	115.000,00	115.000,00			

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)

Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Erhöhung des Zuschusses für den Jugendzeltplatz des Stadtjugendrings bei gleichzeitiger Finanzierung durch das Land Hessen.

Anlagen: ./.

C Beschlussvorschlag:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- 1.1 die Stadt Wiesbaden dem Stadtjugendring Wiesbaden e. V. für den Neubau des Sanitärgebäudes auf dem Jugendzeltplatz bislang Zuschüsse in Höhe von 153.000,00 € gewährt hat. Neben dem Zuschuss des Dezernates II in Höhe von 115.000,00 € (SV 14-V-51-0037 Beschluss Nr. 0450) wurden noch Einzelzuschüsse in Höhe von 38.000,00 € gewährt,
- 1.2 das Hessische Ministerium für Soziales und Integration hat hierfür einen Zuschuss in Höhe von 115.000,00 € gewährt,
- 1.3 die Abwicklung des Landeszuschusses aus haushaltstechnischen Gründen über den Haushalt der Stadt Wiesbaden abgewickelt werden muss,
2. dem IM-Projekt „51 Zuschuss SJR Zeltplatz Sanitärgebäude“ (I.04292) 115.000,00 € zugesetzt werden. Die Deckung erfolgt aus dem Zuschuss des Landes Hessen, worüber eine Kostenzusage vorliegt. Hiervon hat die Stadt bereits 103.500,00 € erhalten, die an den Stadtjugendring weitergeleitet wurden. Den Restbetrag von 11.500,00 € erhält die Stadt nach Vorlage und Prüfung des Verwendungsnachweises und leitet diesen Betrag dann ebenfalls an den Stadtjugendring weiter.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

Das Land Hessen bestand darauf, dass die Stadt Wiesbaden der Zahlungsempfänger für deren Zuschuss ist. Über das IM-Projekt „Zuschuss Stadtjugendring Zeltplatz Sanitärgebäude“ erfolgte daher die Einnahme des Zuschusses und die Weiterleitung an den Stadtjugendring. Diese Auszahlung führte zu einer Überschreitung des Projektes.

Es handelt sich daher um eine rein formale, haushaltsrechtliche Genehmigung, da durch die Einzahlung vom Land nicht automatisch die entsprechende Auszahlung an den Stadtjugendring gedeckt ist. Vielmehr bedarf es hierfür einer gesonderten Genehmigung zum Ausgleich des IM-Projektes.

Da der Gesamtzuschuss die Wertgrenze von 200.000,00 € übersteigt, ist eine Genehmigung durch den Haupt- und Finanzausschuss notwendig.

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen


(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Der Jugendnaturzeltplatz wird vom Stadtjugendring betrieben. Er bietet Platz für Gruppengrößen von bis zu 300 Personen. Die sanitären Einrichtungen reichten lediglich für bis zu 120 Personen aus. Um den Platz optimal nutzen und perspektivisch kostendeckend zu betreiben - der Zuschuss Grünpflege beträgt ca. 20.000,00 € p.a. - musste der Stadtjugendring die vorhandenen sanitären Einrichtungen erweitern und sanieren lassen. Es sollte u. a. ein barrierefreier Raum je Geschlecht sowie neue Räume für Jugendleiter entstehen, um für eine klare Trennung zu den Kindern/Jugendlichen zu sorgen.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 3. November 2016

 3425 bo

G o B m a n n
Bürgermeister